

# Verkehrte Welt

Bei der Trinkwasser-Initiative gibt es auf beiden Seiten Politiker, die überraschend von der Haltung ihrer Partei abweichen.

## Die grüne Gegnerin: Ständerätin Maya Graf

Sie suchen die Öffentlichkeit nicht. Doch es gibt sie, die links-grünen Kritiker der Trinkwasserinitiative. So wie Maya Graf, grüne Ständerätin und Biobäuerin. «Das Ziel der Initiative, nämlich den Schutz des Trinkwassers, teile ich voll und ganz», betont sie. Seit 15 Jahren setze sie sich für die Reduktion von synthetischen Pestiziden und für eine ökologische Landwirtschaft ein. «Doch die vorgeschlagenen Massnahmen der Initiative sind nicht zu Ende gedacht.»

Die langjährige Parlamentarierin und Biobäuerin ist eine gewichtige Stimme der Grünen. Diese haben mit klarer Mehrheit die Ja-Parole gefasst. Allein ist Graf mit ihrer Haltung aber nicht. So lehnt etwa auch Nationalrätin Christine Badertscher, die früher für den Bauernverband gearbeitet hat, das Volksbegehren ab. Die Agronomin bezeichnet sich als «überzeugte Fürsprecherin der Biolandwirtschaft»; die Initiative aber sei der falsche Weg. Auch der Vorstand von Biosuisse beantragt seinen Delegierten die Nein-Parole.

Weshalb dieser Widerstand? Graf sagt, sie verstehe den Frust über den Stillstand in der Agrarpolitik, doch die Trinkwasserinitiative habe mehrere Mängel: Es fehlten Regeln für den Import, zudem ziele sie einseitig auf die Produktion und beziehe den Konsum nicht ein. Sie kritisiert: «Umweltprobleme werden so ins Ausland verlagert.»

Ein weiteres Problem sei, dass Obst-, Gemüse- und Mastbetriebe, die intensiv produzieren

und nur wenig Direktzahlungen erhalten, wegen der Initiative ganz auf die Subventionen verzichten könnten – und stattdessen die Produktion weiter intensivieren. Die Folge: eine unökologischere Produktion als heute. «Diese Gefahr ist real und würde Fortschritte zunichtemachen», sagt die Ständerätin.

Kritisch sieht die Baselbieterin auch die Vorgabe der Initiative, dass nur noch jene Landwirtinnen und Landwirte Direktzahlungen erhalten sollen, die ihre Tiere mit auf dem Betrieb

produzierten Futter ernähren können. Die Initianten betonen zwar, Futter könnte in regionalem Rahmen weiter zugekauft werden. Graf hält die Vorgabe aber für zu eng gefasst. «Wie in Zukunft zum Beispiel Bio-Eier nur mit hofeigenem Futter produziert werden können, ist völlig offen», sagt die Ständerätin. Gleichzeitig gehe die Initiative das Problem der Überdüngung nicht konsequent an, da sie synthetische Dünger nicht erfasst.

Auf Parteilinie ist Graf hingegen bei der Anti-Pestizid-Initiative, die ebenfalls im Juni zur Abstimmung kommt: Diese sei konsequent – und würde «den dringend notwendigen Innovationsschub» Richtung ökologische Land- und Lebensmittelwirtschaft ermöglichen, sagt Graf, die einst im Kampf gegen die Gentechnik national bekannt geworden ist. «Damit erreichen wir auch die Umwelt- und Klimaziele.»

Im Abstimmungskampf um die Trinkwasserinitiative will Graf keinem Komitee betreten. «Schon jetzt macht mir die Gehässigkeit und Unerbittlichkeit auf beiden Seiten grosse Sorgen», sagt sie. Die Pestizid- und Trinkwasserproblematik könne man nur gemeinsam lösen, appelliert sie: «Das gegenseitige Ausspielen bringt nur Verlierer.» Graf sieht sich gern als Brückenbauerin zwischen den Umweltverbänden und dem Bauernverband. Angesichts des heftigen Abstimmungskampfs dürfte es aktuell aber schwierig sein, auch nur einen halbwegs stabilen Steg zu bauen.



## Der freisinnige Befürworter: Nationalrat Christian Wasserfallen

Christian Wasserfallen hat das Heu selten auf der gleichen Bühne wie die Grünen. Der Berner FDP-Nationalrat kritisierte den Öko-Kurs seiner Partei, stimmte gegen die Flugticketabgabe, lehnt das CO<sub>2</sub>-Gesetz ab. Doch bei der Trinkwasserinitiative steht er für einmal auf der Seite der Grünen: Der ehemalige FDP-Vizepräsident engagiert sich im «Liberalen Komitee für die Trinkwasserinitiative», das von den Grünliberalen angeführt wird.

«Es geht nicht um Grün oder nicht Grün», sagt Wasserfallen. «Und es ist auch kein Angriff auf die Bauern.» Vielmehr gehe es bei der Trinkwasserinitiative darum, wie die staatlichen Direktzahlungen – also Steuergelder – eingesetzt werden, damit trinkwasserschonend produziert werde. Dazu könnten auch die Konsumenten viel beitragen. Wasserfallen zieht den Vergleich zum Beschaffungsrecht, wo der ökologisch und sozial nachhaltige Einsatz von öffentlichen Geldern verlangt werde. «Es kann nicht sein, dass wir bei der Landwirtschaft einfach ein Auge zudrücken», findet er. «Wir müssen dem Trinkwasser Sorge tragen.»

Sukkurs für seine Haltung zur Initiative sieht er in einer FDP-Mitgliederumfrage zur Enkelstrategie: Fast die Hälfte sprach sich dafür aus, biodiversitätsschädigende Subventionen zu streichen. Auch bei der Parolenfassung hatte sich gezeigt, dass ein nicht unwesentlicher Teil der FDP Sympathien für die Initiative hegt: 202 Delegierte stimmten Nein, 165 Ja. Neben Wasserfallen äussert sich

bisher aber nur ein weiterer nationaler FDP-Parlamentarier für die Initiative: der Aargauer Matthias Jauslin. Einzelne weitere sind ebenfalls dafür, wollen sich aber nicht im Abstimmungskampf engagieren.

Im Nationalrat hatte Wasserfallen noch gegen die Initiative gestimmt – allerdings nicht mit voller Überzeugung, wie er sagt. Damals habe er gehofft, es gehe bei der Agrarpolitik vorwärts. «Doch geschehen ist nichts», bilanziert er. Eine Art indirekten Gegenvorschlag zur

Trinkwasserinitiative hat das Parlament zwar verabschiedet, doch es haben diesen «zu stark verwässert», kritisiert der Berner. Und die Agrarreform 22+, mit welcher der Bundesrat die Landwirtschaft ökologischer machen wollte, legte das Parlament ganz auf Eis. «Wir müssen jetzt einen Schritt vorwärts machen», findet er.

Die Anti-Pestizid-Initiative, die ebenfalls im Juni zur Abstimmung kommt, lehnt Wasserfallen ab. Die Trinkwasserinitiative aber sei nicht extrem, wie von den Gegnern behauptet, betont er. Bei der Umsetzung bestehe Spielraum. Zudem könne der technologische Fortschritt wie etwa «Precision Farming» oder die Genschere Crispr/Cas9 helfen, Pestizide zu reduzieren oder ganz darauf zu verzichten. Dank moderner Technik soll also beispielsweise gezielter gedüngt werden.

Auch das Argument, dass die Initiative zu mehr Importen führen würde, lässt er nicht gelten. «Derzeit sind die Lebensmittelverluste bei den Konsumenten, in der Industrie und in der Landwirtschaft enorm. Wenn wir diese stark reduzieren würden, bräuchte es nicht mehr Importe, davon bin ich felsenfest überzeugt.» Dazu bräuchte es auch ein Umdenken und mehr Bewusstsein bei den Konsumenten. Sprich: Saisonale und regionale Produkte sowie krumme Rüebli oder übergrosse Kartoffeln müssten vermehrt den Weg auf den Teller finden.



Maja Briner

## Das Bundesgericht drückt sich

Wie sehr sich die Kirchen in einem Abstimmungskampf engagieren dürfen, bleibt unklar.

Nie in den letzten Jahrzehnten haben katholische und reformierte Landeskirchen die Schweiz so stark aufgewühlt und gespalten wie im Abstimmungskampf zur Initiative über Konzernverantwortung. Sie traten mit einem eigenen Komitee auf, beflaggten Kirchtürme und teilten – so empfanden es viele – Befürworter und Gegner in gute und schlechte Christen ein. Auch nach dem Scheitern des Volksbegehrens am Ständemehr blieb die Frage im Raum: Dürfen die Kirchen das?

Darauf gibt es vorerst keine Antwort – zumindest von den höchsten Richtern in Lausanne. Das Bundesgericht hat fünf

Stimmrechtsbeschwerden aus den Reihen der Jungfreisinnigen als gegenstandslos abgeschrieben. Nach Ablehnung der Initiative sei «das aktuelle Interesse an ihrer Behandlung dahingefallen», begründet das Gericht seinen Entscheid in einer am Donnerstag publizierten Mitteilung.

Allerdings räumen die Richter ein, dass ein «gewisses Interesse an der Klärung» bestehe, inwiefern kirchliche Interventionen im Vorfeld von Abstimmungen zulässig seien. Das Bundesgericht werde die aufgeworfenen Fragen dann überprüfen können, wenn sich die beanstandeten Interventionen auf den Ausgang der Abstimmung aus-

wirken würden. Auf eine Klärung hatte wohl auch die Bundeskanzlei gehofft. Nach dem Urnengang soll sie eine Stellungnahme an das Bundesgericht geschickt haben. Darin soll sie zum Schluss gekommen sein, dass das Engagement der Kirchen heikel sei und von den höchsten Richtern in Lausanne geprüft werden sollte.

Die Jungfreisinnigen bedauern in einer Reaktion den höchstgerichtlichen Entscheid. Es brauche einen Leitentscheid. Ob die Landeskirchen sich in politische Abstimmungskämpfe «einmischen» dürften, sei seit Jahren umstritten. Für die Jungpartei ist der Entscheid allerdings kein

«Freibrief» für künftige Interventionen, sondern als «Warnschuss» zu verstehen. Kirchen seien zur politischen Neutralität verpflichtet, fordert sie.

Das Komitee «Kirche für Konzernverantwortung» begrüsst dagegen den Entscheid des Bundesgerichts. Es sei in einer «lebendigen und vielfältigen Demokratie» selbstverständlich, dass die Kirche sich auch zu politischen Fragen äussere und an öffentlichen Debatten teilnehme, heisst es in einer Stellungnahme der über 700 Kirchgemeinden und Pfarreien, die sich engagiert hatten.

Reto Wattenhofer

## Berner Zeitungsfusion: 20 Stellen werden abgebaut

Die Gewerkschaft Syndicom spricht von «Kahlschlag», der Berner Stadtpräsident ist verärgert.

Nun ist offiziell, was schon länger gemutmasst wurde: Die TX Group (ehemals Tamedia AG) legt ihre Titel «Berner Zeitung» und «Der Bund» zusammen. Sie werden ab Oktober als gemeinsame Redaktion für die regionale und kantonale Berichterstattung zuständig sein, wie die TX Group bekannt gab. Die konkrete Umsetzung der Neuorganisation soll in den kommenden Monaten stattfinden. Unter Vorbehalt der Ergebnisse einer Konsultation habe die Zusammenführung «voraussichtlich einen Abbau von rund 20 Vollzeitstellen zur Folge», so die TX

Group weiter. Dieser soll so weit wie möglich über die natürliche Fluktuation erfolgen. Sonst komme ein Sozialplan zur Anwendung. Für die Gewerkschaft Syndicom haben sich damit die «schlimmsten Befürchtungen» bewahrheitet: Mit dem Kahlschlag baue Tamedia auf den beiden Redaktionen rund jede dritte Stelle ab. Der Berner Stadtpräsident Alec von Grafenried zeigt sich über den Entscheid «verärgert», wie es in einer Mitteilung heisst. «Das ist ein schwarzer Tag für den Medienplatz Bern», lässt sich von Grafenried zitieren. (abi/rwa)